



Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2021

1. Zentralismus

Seit Langem kritisieren Bürgerinnen und Bürger den zentralistischen Kurs der Baden-Württembergischen Landespolitik. Die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. mahnt deshalb schon seit Jahren, die damit verbundene Benachteiligung der außerhalb der Metropolregion Stuttgart liegenden, badischen und württembergischen Regionen zu beenden.

Der Landtag hat erfreulicherweise am 25.09.2015 eine Ergänzung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg beschlossen. Der Artikel 3a lautet nun: „Der Staat fördert gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land.“

Große Hoffnungen haben wir daraufhin auf Veränderungen gesetzt, aber konnten bisher keine wahrnehmen. Unsere Untersuchungen der Bundesländer haben gezeigt, dass in keinem anderen Bundesland die Konzentration von Behörden und Institutionen in der Landeshauptstadt so stark ist wie in Baden-Württemberg. Das Land Bayern, das auch eher zentralistisch organisiert war, hat in den letzten Jahren mit großem Erfolg dezentralisiert, gleichzeitig Strukturpolitik betrieben und die Mittelzentren durch die Verlegung von Arbeitsplätzen gestärkt. Dadurch wurde die Landeshauptstadt entlastet. Ein Ministerium wurde nach Nürnberg verlegt.

Der Digitalisierungsschub durch die Corona-Pandemie beweist inzwischen die großen Möglichkeiten für die Auslagerung von Verwaltungsstrukturen in die Fläche.

In den letzten Jahren hat im Gegensatz dazu das Land Baden-Württemberg zwei Schulinstitute und zwei Lehrstühle zur Förderung der Biodiversität in Stuttgart gegründet und folgte damit nicht dem

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion:

Wie können Sie diese Entscheidung entgegen den Verfassungszielen vertreten?

Rat der Fachleute, die jeweils aus sachlichen Gründen einen Lehrstuhl in Hohenheim und einen in Karlsruhe vorgeschlagen hatten.

2. Steuereinnahmen und Ausgaben

Seit Jahren beobachtet die Landesvereinigung Baden in Europa e.V., dass durchschnittlich 45% der Steuereinnahmen des Landes im Landesteil Baden erwirtschaftet werden, ein Zeichen für die Wirtschaftskraft des Landesteils Baden mit seinen 5,1 Millionen Einwohnern, der von württembergischen Politikern gerne als der Landesteil bezeichnet wird, „in den württembergisches Geld gepumpt werden muss“, wie es der frühere Wirtschaftsminister Döring einmal öffentlich ausgedrückt hat. Tatsächlich ist also das Gegenteil der Fall.

Investitionen und Förderungen im Landesteil Baden, in vielen Bereichen standen in den letzten Jahrzehnten in krassem Gegensatz zur Steuerkraft (siehe beiliegendes Faltblatt der Landesvereinigung Baden in Europa e.V. in digitaler Form im Anhang).

3. Benachteiligung des badischen Landesteils

Bei der Förderung der Kultur sind Fortschritte für Baden erkennbar, aber noch immer wird z.B. die Wilhelma als staatlicher Zoo jährlich mit ca. 12 – 15 Millionen, einschl. Investitionen finanziert, während die Zoos in Heidelberg und Karlsruhe sowie der Tierpark in Freiburg von den Städten auf eigene Kosten betrieben werden müssen. Als Begründung wird die Wilhelma als „Königliches Erbe“ ausgegeben, wobei längst bekannt ist, dass der Botanische Garten der Könige von Württemberg erst nach Gründung des Landes Baden-Württemberg zum Zoo ausgebaut wurde.

In Stuttgart fühlt sich das Land dem König verpflichtet, in Karlsruhe dagegen wird z.B. die Verantwortung für die vom Badischen Großherzog gegründete Majolika-Manufaktur abgelehnt.

Ein weiteres Beispiel ist das von den Markgrafen von Baden erbaute „Neue Schloss“ in Baden-Baden. Als es aus wirtschaftlichen Gründen von der heutigen Markgräflichen Familie verkauft werden musste, machte das Land noch nicht

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion:

Wie werden Sie in der Zukunft bei der Verteilung der Steuereinnahmen gerechter verfahren?

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion:

Welche Pläne haben Sie, um diese aufgezeigten Schieflagen zu beheben?

einmal von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch und deshalb besteht heute die Gefahr eines Verfalls von unter höchstem Denkmalschutz stehenden Gebäuden und ausgedehnten historischen Parkanlagen, die das Stadtbild belasten.

4. Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO)

Die Aachener Verträge haben den Regionen an der bisherigen Deutsch-Französischen-Grenze, und so auch der am Rhein vor Jahren gegründeten Trinationalen-Metropolregion-Oberrhein neue Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen, die vom Land Baden-Württemberg zu Recht eine stärkere Unterstützung erwarten. Dies gilt auch für die vier Eurodistrikte in Basel, Freiburg-Mulhouse-Colmar, Strasbourg-Ortenau und im PAMINA-Raum. Das Miteinander an den Grenzen benötigt neue Impulse. Frankreich hat mit der Gebietsreform aktuell für die Zusammenarbeit am Oberrhein einen wichtigen Beitrag geleistet. Der Corona-Lock-Down hat gezeigt, dass zur Überwindung der Grenzen noch viele Initiativen notwendig sind. Hier bedarf es der Unterstützung durch die Landespolitik für lokale Kooperationen, Förderung der Sprache des Nachbarn und grenzüberschreitende Mobilität. Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz kommt hier eine wichtige Aufgabe zu, die auch öffentlich an Bedeutung gewinnen muss, damit der Aachener Vertrag mit Leben erfüllt wird.

Als Vision steht ein Kooperationsfonds für herausragende grenzüberschreitende Projekte. Wir am Rhein sehen eine große Bereitschaft in der Region Grand Est für eine stärkere Zusammenarbeit am Rhein. Der frühere Ministerpräsident Lothar Späth hat bereits in den 80er Jahren“ in einer Rede zu einer Entwicklung der Länder Nordschweiz, Elsass, Baden und Pfalz als „Kernregion Europas“ aufgerufen.

5. Mobilität am Oberrhein

Voraussetzung für die engere Zusammenarbeit am Oberrhein ist der Öffentliche Verkehr. Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits durch beachtliche Aktivitäten attraktive Verbindungen

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion:

Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die Trinationale Metropolregion Oberrhein zu stärken?

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion:

Sind Sie bereit, sich für den dringend erforderlichen Ausbau des Öffentlichen Schienenverkehrs und des Radverkehrsnetzes am Rhein

nach Wissembourg und Strasbourg initiiert. Baden-Württemberg kann bisher noch nicht von ähnlichen Erfolgen berichten.

Die Verbindungen von Saarbrücken über Hagenau – Roeschwoog – Rastatt – Karlsruhe sind besonders wichtig. Die vorhandene Wintersdorfer Eisenbahnbrücke ist von besonderer Bedeutung.

Für den kleinen Grenzverkehr müssen auch die rheinüberschreitenden Fahrradverbindungen im PAMINA-Park weiter ausgebaut werden wie an vielen Stellen im Oberrheingebiet.

einzusetzen?

6. Universitäten und Hochschulen

In dem Zeitraum vor 2016 waren die Zuschüsse je Studierendem für badische Universitäten deutlich niedriger als für die württembergischen. Daraus resultiert ein Minderbetrag von 1246 Millionen Euro. Es ist davon auszugehen, dass dies auch für die Zeit vor 2003 zutrifft.

Die Zuschüsse wurden allmählich angeglichen und 2015 und 2016 ergibt sich ein geringer Vorteil für die badischen Universitäten mit 11.074 Euro pro Studie gegenüber den Württembergischen mit 10.949 Euro pro Studierendem. Seit 2017 ergeben sich wieder Vorteile für die württembergischen Universitäten mit mehreren Hundert Euro pro Studierendem und Jahr.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Universitäten und Hochschulen besteht seit Jahren und ist erfolgreich und damit für das Land von großer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für Forschungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik.

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion:

- 1. Wie gedenken Sie diese Schieflage in der Finanzierung zu ändern?**
- 2. Wie werden Sie die Forschung und Entwicklung an den badischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und insbesondere im trinationalen Oberrheingebiet in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik unterstützen?**
- 3. Innovationen werden zu 50% durch Software realisiert. Wie wollen Sie insbesondere die Technologieentwicklung, den Technologietransfer und die praktische Umsetzung und Kompetenzentwicklung in den Unternehmen in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz, der Batterietechnologie, der industriellen Softwareentwicklung und der Medizintechnik fördern?**
- 4. Welches konkrete Konzept haben Sie für diese Unterstützung und wie unterstützen Sie die Innovationsfähigkeit im Verbund von Industrie und Forschung, insbesondere an den Forschungseinrichtungen wie dem Karlsruher Institut für Technologie?**

7. Historische Lernorte und Gedenkstätten

Auch mit Blick auf die außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit existieren im Vergleich zwischen Baden und Württemberg unverändert erhebliche Schieflagen und Benachteiligungen:

Mit zum Teil erheblichem finanziellen Aufwand unterstützt das Land Baden-Württemberg fünf größere Geschichtsorte und Gedenkstätten im württembergischen Landesteil. Im badischen Landesteil gibt es dagegen keine entsprechende Einrichtung.

Seit dem Jahr 2012 bemüht sich ein Verein darum, auf dem Areal des ehemaligen Konzentrationslagers Kislau auf der Gemarkung von Bad Schönborn bei Bruchsal einen Lernort zur gesamtbadischen NS-Geschichte zu errichten.

Seit dem Jahr 2018 fördert das Land dieses ‚Projekt Lernort Kislau‘ institutionell. Darüber hinaus wurde in den Landeshaushalt 2020/21 eine Verpflichtungsermächtigung über eine Summe von maximal 750.000 Euro für den für den Lernort nötig werdenden Neubau aufgenommen. Die Freigabe dieser Mittel soll aber nur nach Maßgabe einer mindestens fünfzigprozentigen Komplementärfinanzierung erfolgen.

Da es unrealistisch ist, bei einem solchen Szenario eine Komplementärsumme via Spenden einzuwerben, hat der Verein im Benehmen mit der LpB Baden-Württemberg 2020 einen Antrag auf Förderung von Gebäude und Ausstellung des Lernorts Kislau im Rahmen der Bundesgedenkstättenförderung an die BKM gerichtet. Dieser Antrag wurde zwar für sehr professionell befunden, aber mit der Begründung abschlägig beschieden, dass es in erster Linie in der Verantwortung des Landes liege, das Lernort-Projekt zu unterstützen.

Da die Finanzierungslücke – wie erwähnt – in dieser Dimension nicht mit Spendenmitteln aufgefangen werden kann, steht damit das gesamte Projekt auf der Kippe.

Wir fragen deshalb Ihre Fraktion:

- 1. Können Sie es verantworten, dass am Ort des zentralen badischen KZs der Jahre 1933 bis 1939, in dem ein ehemaliger Landesjustizminister ermordet wurde und von dem aus zahlreiche Häftlinge weiter in andere Lager und damit in den Tod ‚verschubt‘ wurden, weiter nicht an die NS-Zeit erinnert wird?**
- 2. Und können Sie es vor allem verantworten, dass es im badischen Landesteil – anders als im württembergischen – auf absehbare Zeit weiterhin keinen Ort geben wird, an dem ein außerschulisches Vermittlungsangebot zur NS-Landesgeschichte unterbreitet wird?**